

Nach dem Crash – Soziale Folgen der Finanzmarktkrise

Peter Kalmbach, Michael Schumann

Sind wir hier im falschen Film? Was gerade noch von Experten als die schwerste ökonomische Krise seit der Großen Depression bezeichnet wurde, scheint bereits wieder vorbei zu sein. Banken, die noch vor Kurzem nur unter Einsatz immenser staatlicher Mittel vor dem Zusammenbruch bewahrt werden konnten, fahren wieder riesige Gewinne ein und ihre Vorstände freuen sich erneut über satte Boni. Auch das: Die Partei, die in Deutschland am stärksten jene neoliberale Ideologie vertritt, die uns das Desaster der Krise eingebrockt hat, wird mit ihrem besten Wahlergebnis honoriert und kann nun in der Regierung dafür sorgen, dass alles beim Alten bleibt.

Aber es gibt noch eine andere Wirklichkeit. In den USA liegt die Arbeitslosenquote im Oktober 2009 bei über 10 % und hat sich damit gegenüber 2007 mehr als verdoppelt. In Deutschland ist durch Ausweitung der Kurzarbeit (im Mai 2009 über 1,5 Mio. Kurzarbeiter) ein vergleichbarer Anstieg zwar bisher verhindert worden, aber allgemein wird eine deutliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr erwartet. Die Zahl der Unternehmenspleiten dürfte 2009 ein Rekordhoch erreichen. Sich in einer Situation, in der niemand seriöse Aussagen zum weiteren Verlauf der Krise wagen kann, regierungsseitig mit Steuersenkungen und einschneidenden Ausgabenkürzungen zurückzuhalten, ist kaum zu kritisieren. Zu befürchten bleibt freilich, dass „soziale Grausamkeiten“ aus wahltaktischen Gründen nur vorläufig zurückgestellt werden.

In diesem Schwerpunkttheft werden verschiedene Aspekte der sozialen Folgen der Finanzmarktkrise angesprochen. Auch die vorgestellten Analysen stehen unter dem Vorzeichen, dass wir tatsächlich noch mitten drin sind in der Krise, dass unklar ist, ob ihr Tiefpunkt bereits hinter uns liegt und wie lange es dauern wird, die Krisenfolgen zu beheben. Deswegen können nur höchst vorläufige Befunde präsentiert werden. Aber es geht den Autoren auch weniger um Prognosen. Ihre vorrangige Frage ist: Was muss geschehen, um sich gegen die Wiederholung eines solchen Vorgangs mit historischen Dimensionen zu schützen? Was kommt nach der Krise?

Eine Lehre ist evident: Eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte ist eine notwendige, aber keineswegs hinreichende neue Ausrichtung der Politik. Was sich bei Banken und Schattenbanken in den letzten Jahren abgespielt hat und was nun der Steuerzahler zu tragen hat, macht eine rigorose Regulierung zwingend erforderlich. Aber mit den Finanzmärkten ist auch anderes aus dem Ruder gelaufen. Der finanzmarktgetriebene, deregulierte und globalisierte Kapitalismus hat sich als kein „guter Kapitalismus“ erwiesen: Er vergrößerte die Abstände zwischen Reich und Arm, erzeugte große Instabilitäten und ökologisch bedenkliche Entwicklungen. Sein Wohlstandsversprechen wurde nicht eingelöst. Schlimmer noch: Gemessen am stärker regulierten Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in den letzten Jahren in

Deutschland eindeutig negative Entwicklungen. Die Fortschritte der „sozialen Marktwirtschaft“ wurden vielfältig zurückgenommen. Allerdings würden sich die damaligen Politikansätze angesichts veränderter Umstände heute nur noch begrenzt als tauglich erweisen. Für einen neuen Start der „sozialen Marktwirtschaft“ fehlt die Fundierung. Die Erfahrung der Krise sollte aber wieder ins Gedächtnis rufen, dass die Politik nicht dazu da ist, Märkten immer größere Freiräume zu gewähren, sondern sie in den Dienst an gesellschaftlicher Wohlfahrt einzubinden.

In den nächsten Jahren wird die Auseinandersetzung um Politikkonzepte im Vordergrund stehen. Der Neoliberalismus ist durch die Krisenerfahrung in breiten Bevölkerungskreisen diskreditiert. Aus dem eigenen Lager heißt es resigniert: „Die Neoliberalismuskritik hat ganze Arbeit geleistet“, selbst die FDP sei zum „Sozialdemokratismus“ übergelaufen (R. Hank, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25.10.09). Der Kampf um politische Ideologien und ihre gesellschaftliche Hegemonie geht in die nächste Runde. Zu einem Wortführer für die gefährdete neoliberale Systemlegitimation schwingt sich der selbsternannte Ökonomieexperte P. Sloterdijk auf. Gleichheits- und Gerechtigkeitsanspruch werden von ihm denunziert. Seine „Revolution der gebenden Hand“ ruft zum „Klassenkampf von oben“ auf. Wenn der Publizist K. H. Bohrer (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.10.09) beim Versuch der Schützenhilfe für Sloterdijk die Kritik an Verletzungen des Gleichheitsprinzips als „plebsfreundliche Entrüstung“ bezeichnet, so ist das Visier geöffnet: Erkennbar wird das alte anti-egalitäre Herrenverständnis, das seine Verachtung für die „Massen“ gar nicht mehr zu verdecken versucht. Schamlos wird für die eigene Klasse ein noch höherer Verteilungsanspruch reklamiert.

Das klingt nach Siegerpose. Aber vielleicht gilt auch nur: Die gesellschaftlichen Verhältnisse laufen erkennbar aus dem Ruder. Die Krise hat diesen Prozess beschleunigt. Neoliberale Versprechen geben da keine glaubwürdige gesellschaftspolitische Orientierung mehr ab. Also wird gleichsam zum letzten Mittel gegriffen, um Verbündete zu mobilisieren: Offenlegen des eigenen polarisierenden, elitären Gesellschaftsbildes. Das aber macht diese Position auch angreifbarer.

Prof. Dr. Peter Kalmbach lehrte bis 2005 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bremen.

e-mail: pkalm@uni-bremen.de

Prof. Dr. Michael Schumann ist Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts e. V. (SOFI) an der Universität Göttingen.

e-mail: michael.schumann@sofi.uni-goettingen.de

Konzept und Koordination des Schwerpunkttheftes:

Dr. Gudrun Linne, Redaktionsleitung WSI-Mitteilungen

e-mail: gudrun-linne@boeckler.de